

AUS DER REGIERUNG

Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts

VADUZ – Die Regierung hat dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend der Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) unterbreitet. Damit sollen EU-Richtlinien in gültiges Recht übernommen werden und eine bereits gültige Bestimmung klarer gefasst werden. Die geltenden Rechnungslegungsvorschriften des Personen- und Gesellschaftsrechts sind am 31. Dezember 2000 in Kraft getreten und waren erstmals für das Geschäftsjahr 2002 anzuwenden. Damit wurden Richtlinien über den Jahresabschluss, über den Konzernabschluss sowie Teile der EU-Bankbilanz- und der EU-Versicherungsbilanzrichtlinie in liechtensteinisches Recht transformiert. In den letzten Jahren sind diese, für die Rechnungslegung relevanten EU-Richtlinien mehrmals modernisiert worden. Die jeweiligen neuen bzw. geänderten Regelungen wurden unter Ausnutzung der vorhandenen Spielräume jeweils in liechtensteinisches Recht transformiert. Im Jahre 2006 hat die EU zwei zusätzliche Rechtsakte erlassen, mit welchen die europäischen Rechnungslegungsvorschriften neuerlich geändert wurden. Die entsprechenden Richtlinien sind aufgrund des EWR-Abkommens in liechtensteinisches Recht zu transformieren, was mit der Vorlage geschehen soll. (pafl)

Gesetzliche Neuerung nötig

VADUZ – Die Regierung hat den interessierten Kreisen einen Bericht für ein Kriegsmaterialgesetz und ein Kernenergie-Güterkontroll-Gesetz zur Stellungnahme bis 20. Mai unterbreitet. Der Vernehmlassungsbericht kann bei der Regierungskanzlei oder im Internet unter www.rk.llv.li bezogen werden. Eine gesetzliche Neuregelung der Vermittlungstätigkeit von Kriegsmaterial, nuklearen Gütern, radioaktiven Abfällen, doppelt verwendbaren Gütern (sog. «Dual-Use»-Gütern) und besonderen militärischen Gütern ist notwendig, da die geltende Verordnung über die Vermittlung von Kriegsmaterial den nationalen und internationalen Anforderungen unter mehreren Aspekten nicht mehr gerecht wird. Der Entwurf für das Kriegsmaterialgesetz übernimmt im Wesentlichen die Regelungen der bisher geltenden Verordnung und überführt diese in ein Gesetz. Neu soll eine gesetzssystematische und somit transparente Trennung zwischen Bestimmungen, die auf Gesetzesebene geregelt werden müssen, und Bestimmungen, die in eine Durchführungsverordnung gehören, erfolgen.

Mit dem Kernenergie-Güterkontroll-Gesetz wird eine Bewilligungspflicht für die Vermittlung von Kernmaterialien und damit in Zusammenhang stehender Technologie eingeführt. Erfahrungen haben gezeigt, dass im Zusammenhang mit der Vermittlung von nuklearen Gütern Missbrauchshandlungen auch den Finanzplatz Liechtenstein tangieren könnten. Die daraus resultierende Verletzbarkeit soll mit dieser Vorlage eingeschränkt werden, insbesondere soll möglichen Umgehungsgeschäften Einhalt geboten werden. (pafl)

Güter sollen auf die Bahn

Bis zu 12 000 Lkw-Fahrten könnten in Nendeln auf die Bahn verlagert werden

NENDELN – Bereits heute verladen die FL-Industriebetriebe zahlreiche Güter auf die Bahn – allerdings in Buchs oder Wolfurt. Eine neue Studie zeigt, dass die Güter bereits in Nendeln verladen werden könnten. Dadurch könnte der Lkw-Verkehr abnehmen.

• Tino Quaderer

«Das Bahnhofareal in Nendeln ist als Umschlagsort für Güter auf die Bahn grundsätzlich geeignet», erklärte Regierungsrat Martin Meyer gestern zu einer Machbarkeitsstudie, die von der Regierung diese Woche zur Kenntnis genommen wurde. Die Studie zeige, dass in Liechtenstein der Bahnhof Nendeln der sinnvollste Platz hierzu wäre.

Initiative der LIHK

Das Projekt, in Nendeln künftig Industriegüter auf die Bahn zu verlagern, gehe auf eine Initiative der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) zurück, hält die Regierung fest. So liessen die LIHK und mehrere ihrer Industriemitglieder die Verlagerung des industriellen Güterverkehrs auf die Schiene grob evaluieren.

Die nun vorliegende Studie hat offene Fragen geklärt und vor allem die technische Machbarkeit untersucht. Die Studie zeige auf, wie die Verladung von Gütern auf die Bahn abgewickelt werden kann und welche infrastrukturellen Massnahmen dazu notwendig und möglich wären, hält die Regierung in einer Medienaussendung von gestern fest.

Projekt weiterverfolgen

Offensichtlich stellt die Studie dem Projekt gute Chancen aus, denn aufgrund der vorliegenden Ergebnisse soll das Projekt weiterverfolgt werden: «Der LIHK-Vorstand stimmt dem Vorschlag der Arbeitsgruppe vollumfänglich zu und un-



So ähnlich könnte die Verlagerung der Industriegüter vom Lkw auf die Bahn in Nendeln künftig aussehen.

terstützt eine gemeinsame Realisierung des Projektes zusammen mit der Regierung und der Standortgemeinde», führt LIHK-Geschäftsführer Josef Beck aus.

In den nächsten Monaten soll das Projekt unter Federführung der LIHK weiter konkretisiert werden. «Zu klären sind beispielsweise die mögliche Trägerschaft zur Betreuung der Anlage, die Ausarbeitung eines Finanzierungs- und Betriebskonzepts sowie die Erstellung einer Gesamtwirtschaftlichkeitsrechnung», erklärt Markus Biedermann vom Ressort Verkehr und Kommunikation der Regierung auf Anfrage. Klar sei, dass das Land als Betreiber der Anlage sicherlich nicht infrage komme, so Biedermann weiter.

Überdies sollen im weiteren Projektverlauf die Interessen der Anwohner sichergestellt werden. Ei-

nerseits sind entsprechende Güterverlade-Anlagen im Betrieb sehr leise, andererseits seien parallel auch Lärmschutzmassnahmen geplant, erklären die Verantwortlichen.

Verkehr auf Schiene verlagern

Um über die nächsten Projektschritte hinaus die Interessen des Landes, der Standortgemeinde sowie der Exportunternehmen abzusichern, soll ein Steuerungsgremium eingesetzt werden. «Damit die Chancen zur Realisierung einer grenzüberschreitenden S-Bahn wie auch einer Güterverladung in Nendeln gewahrt bleiben, ist eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten notwendig», erklärt dazu Markus Biedermann.

Am Güterverlade-Projekt sind von LIHK-Seite sechs Grossunternehmen – darunter unter anderem Hilti und ThyssenKrupp Presta –

beteiligt. Diese Unternehmen könnten in Zukunft einen erheblichen Teil ihrer Güter in Nendeln verladen anstatt wie bisher in Wolfurt (A) oder in Buchs.

12 000 Ladeeinheiten pro Jahr

Gemäss Studie liegt das Verlagerungspotenzial bei bis zu 12 000 Ladeeinheiten pro Jahr. Dies entspreche rund einem Drittel der Gesamtfahrten der beteiligten Industriebetriebe. Daran zeigt sich, dass durch die Güterumschlagsanlage in Nendeln der Lkw-Verkehr von Liechtenstein ins Ausland merklich gesenkt werden könnte.

Das Projekt hätte aber nicht nur ökologische Vorteile, sondern auch wirtschaftliche: Die Fahrkosten für die Unternehmen würden sinken und Einschränkungen durch die Abfertigungszeiten beim Lkw-Zoll würden entfallen.

Alle wollen den öV stärken

Öffentliche Verkehrsdebatte in Schaanwald mit Feldkircher Beteiligung

SCHAANWALD – Laut einer jüngsten Umfrage empfinden rund 60 Prozent der Liechtensteiner den Verkehr im Land als stressig. Aber nur zwei Prozent würden auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

Dass Liechtenstein ein hartnäckiges Autoland ist, stellte auch Verkehrsminister Martin Meyer bei der gestrigen, von der VU initiierten Verkehrspodiumdiskussion in Schaanwald fest. Und dass es deshalb gelte, für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Arbeits-, Einkaufs- und Privatwege ein verstärktes öffentliches Bewusstsein zu schaffen, hielt im Anschluss Umweltminister Hugo Quaderer fest.

Vom Auto auf öV wechseln

Alle regionalen Studien der letzten Jahre bestätigen vor allem eines: Der Verkehr nach, von und innerhalb von Liechtenstein ist hauptsächlich hausgemacht. Autofahrten mit daraus folgenden Staus und schädlichen Luftbelastungen könnten durch Bildung von Fahrgemeinschaften, Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Alternativen wie Radfahren deutlich reduziert werden – das gilt für Liechtensteiner, die im Land mobil sind, genauso wie für die täglich etwa 15 000 Arbeitspendler aus der Schweiz und Österreich. Aber damit



Beim Verkehr herrscht Handlungsbedarf: (v. l.) Umweltminister Hugo Quaderer, Moderatorin Jutta Hoop und Verkehrsminister Martin Meyer.

der Umstieg nachhaltig gelingt, bedarf es eines nationalen und überregionalen Mobilitätsmanagements.

Management für die Mobilität

Man konnte VCL-Präsident Georg Sele durchaus Recht geben, wenn er fürs ganze Land ein flächendeckendes verpflichtendes betriebliches Mobilitätsmanagement (für Firmen ab 10 bis 20 Mitarbeiter) forderte, wie es die Firma Inficon in Balzers seit vielen Jahren erfolgreich vorlebt. Das heisst, konsequente Reduzierung der Parkplatzzahl sowie Kostenpflicht fürs Parken (und das dann landesweit),

dafür aber Zuschüsse für die Benutzung des öV zur und von der Arbeit und Förderung von Radfahren und Zu-Fuss-Gehen.

2040: plus 50 000 Arbeitsplätze

Die Szenarien für die künftige Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung im Rheintal sind so rosig wie nachfolgend problematisch, machte der Raumplanungsexperte Hans-Martin Neumann von der Hochschule Liechtenstein klar. Eine laufende Studie im Rahmen des Forschungsprojekts «Perspektiven Alpenrhein» prognostiziert fürs Rheintal bis 2040 ein Bevölke-

rungswachstum von 100 000 Personen und eine Zunahme der Arbeitsplätze um 50 000 Stellen.

Gut für die Wirtschaft – schlecht für den Verkehr. Denn läuft es nach dem bisherigen Trend so weiter, dann werden sich die Wohnsiedlungsstrukturen weiter zerfleddern, Firmen, Arbeitsplätze, Einkaufszentren und Freizeitmöglichkeiten wuchern wie gehabt auf den grünen Wiesen hinaus. Schliesslich werden überall hin Zufahrtsstrassen und Gässchen gebaut, und mit dem Auto ist jeder Punkt von A nach Z schnell, leicht und bequem erreichbar. So rasch kann kein Bussystem und kann schon gar keine Bahn reagieren. Raumplaner Neumann fordert daher eine überregionale Siedlungsentwicklung mit der Entwicklung von urbanen Zentren sowie den Ausbau des öV (Bus, Bahn, S-Bahn von Feldkirch nach Buchs).

Drüben in Feldkirch ist man schon fast bis zu einem Gesamtverkehrskonzept vorgedrungen, wie Verkehrsstadträtin Angelika Lener berichtete. Das Bussystem sei mit steigendem Zuspruch ausgebaut worden. Die neue Südumfahrung Feldkirch (vormals Letzetunnel) verspreche nachhaltige Entlastung. Das letztere Ansage bei den Kritikern im gestrigen Publikum Protest auslöste, war dann allerdings ebenfalls klar. (mf)



Missverständnis Nicht schlecht gestaunt haben gestern zahlreiche Kunden des Coop Centers in Schaan: Das Lebensmittelgeschäft hatte am Vatertag nämlich geschlossen – dies wegen eines Missverständnisses. Die Medienstelle der Coop-Ostschweiz-Betriebszentrale dazu gegenüber dem «Volksblatt»: «In Liechtenstein wurde beschlossen, dass der Josephtag in diesem Jahr kein Feiertag sein soll, weil er in die Karwoche gefallen ist. Daher war es ein normaler Arbeitstag.» Darüber aber sei man im Vorfeld nicht informiert worden. (ak)